

Finnland

Markus Palmén

Die Europäische Union feierte 2007 das fünfzigjährige Bestehen der Römischen Verträge und bestätigte in der Berliner Erklärung anlässlich dieses Jahrestages ihren Willen, sich für die liberalen europäischen Werte – die sozialen wie die wirtschaftlichen – einzusetzen. Obwohl Finnland, was die öffentliche Meinung angeht, eines der europessimistischsten Länder der Union ist, veranlasste dieser Jahrestag sowohl die führenden Medien, als auch prominente Politiker, sich kurz von der Tagespolitik der EU abzuwenden, um den wichtigsten Erfolg der europäischen Integration zu würdigen: Frieden auf dem Kontinent.¹ In der Folge stellten kritische Stimmen fest, dass die Berliner Erklärung unter Politikern in Europa nicht unumstritten sei – ein klares Zeichen für die mangelnde Einigkeit, die in der letzten Zeit die Zusammenarbeit innerhalb der EU behindert. Dass das Wort „Verfassung“ in der Erklärung überhaupt nicht auftaucht, wurde als symptomatisch für eines der kürzlichen Traumata der Integration gewertet: der Rückschlag für den Vertrag über eine Verfassung für Europa durch die negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden.²

Das finnische Parlament ratifizierte den Verfassungsvertrag am 5. Dezember 2006. Für die Regierung stellte der ursprüngliche Entwurf ein ausgewogenes Abkommen dar und man hoffte, dass die EU durch ihn besser funktionieren würde. Auch die meisten großen politischen Parteien in Finnland unterstützten die Grundidee einer europäischen Verfassung, in der Hoffnung, dass damit die Entscheidungsfindung in der EU verbessert und diese demokratischer würde.³ Ein Großteil der politischen Elite sah in der Ratifizierung außerdem eine Möglichkeit, die Glaubwürdigkeit der finnischen EU-Ratspräsidentschaft zu vergrößern. Als klar wurde, dass es Verhandlungen für einen neuen veränderten Vertragsentwurf geben würde, verlegte sich die finnische politische Führung darauf, soviel wie möglich vom ursprünglichen Vertrag zu erhalten. Die sich abzeichnende Einigung auf einen überarbeiteten Vertragsentwurf – das wichtigste Ergebnis des EU-Gipfels vom Juni 2007 – wurde von Finnland begrüßt.⁴

Die öffentliche und politische Meinung

Finnland stand der Europäischen Union lange skeptisch gegenüber. Eine aktuelle Meinungsfrage zeigt, dass 35% der Finnen die finnische EU-Mitgliedschaft positiv bewerten, 34% der Befragten stehen ihr negativ gegenüber, 30% waren neutral. Die Meinungen zur EU-Erweiterung sind noch zurückhaltender: 24% sehen diese positiv, 38% der Befrag-

Übersetzt aus dem Englischen von Gudrun Staedel-Schneider.

- 1 Helsingin Sanomat (größte Tageszeitung), 25.03.2007; Suomen Kuvalehti, 30.03.2007; Helsingin Sanomat, 27.03.2007, S. A1; Ilta-Sanomat, 27.03.2007; Rede der finnischen Staatspräsidentin Tarja Halonen während ihres Staatsbesuches in Deutschland am 03.05.2007, <http://www.presidentti.fi/netcomm/news/showarticle.asp?intNWSAID=62482>.
- 2 Suomen Kuvalehti, 23.03.2007, S. 28-31; Turun Sanomat, 27.03.2007.
- 3 Persönliches Interview mit einem EU-Experten aus dem Büro des Ministerpräsidenten (November 2006).
- 4 Aamulehti, 25.06.2007, S. A18; Helsingin Sanomat, 25.06.2007, S. B1.

ten lehnen sie ab, 34% sind neutral. 42% der Finnen unterstützen einen Beitritt der Türkei, 55% lehnen ihn ab.⁵ Die treuesten Unterstützer findet die EU im Kreis der gut ausgebildeten städtischen Bevölkerung, während die ländliche Bevölkerung zu den härtesten Gegnern zählt. Als die häufigsten Gründe für die europaskeptische Haltung wurden aktuelle Ereignisse genannt wie das Scheitern des Verfassungsvertrages und mangelnde Transparenz und Demokratie im Entscheidungsfindungsprozess der Europäischen Union. Viele sind der Meinung, dass der Einfluss der großen Staaten in der Europäischen Union zu stark ist.⁶

Die finnische EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2006 schien keinen zusätzlichen Enthusiasmus in der EU-Politik auszulösen. Dass Finnland für die EU-Unterstützung der UNIFIL-Mission im Libanon sorgte, war einer der wenigen Erfolge der finnischen Präsidentschaft. Die Präsidentschaft als Ganzes war geprägt von vielen nicht vorher gesehenen Ereignissen und politischen Reibungsflächen. Dazu zählten etwa der Konflikt zwischen Polen und Russland, der die Verhandlungen über das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen blockierte. Die offizielle Agenda der finnischen EU-Präsidentschaft wurde dadurch herausgefordert.⁷

Nach den Parlamentswahlen im März 2007 nahm eine Mitte-Rechts-Regierung die Arbeit auf. In ihrem Programm verpflichtete sich die neue Regierung zur aktiven Zusammenarbeit mit der EU, zur Fortführung der Erweiterung, zum Engagement in der Klimapolitik und zur Verbesserung der Beziehungen mit Russland durch die Nördliche Dimension der EU. Auch den Beitrittsverhandlungen der Türkei und Kroatiens wurde Unterstützung zugesagt.⁸ Finnland unterstützt traditionell die EU-Erweiterung, auch einen möglichen Beitritt der Türkei.

Der Partei des Ministerpräsidenten, die Zentrumspartei, wird eine zwar euroskeptische, aber pragmatische Haltung zur EU zugeschrieben. Der neue Koalitionspartner dagegen, die rechts-konservative Nationale Sammlungspartei des Außenministers, die den größten Zugewinn bei den Wahlen erzielte, wird als EU-freundlicher eingeschätzt. Ob sie sich aber tatsächlich für weitere Integrationsschritte einsetzen wird, ist eine offene Frage. Auch größere Veränderungen der finnischen EU-Politik wegen des Regierungswechsels sind unwahrscheinlich. Die Nationale Sammlungspartei ist eher pro-NATO eingestellt, und so könnten sicherheitspolitische finnische Ressourcen eher auf NATO-Aktionen ausgerichtet werden.

5 Finnish Business and Policy Forum (EVA): Satavuotias Kuntotestissä (Überblick über Werte und Positionen), 2007, EVA, S. 122-123; Ojanen, Hanna: Conditionality, Impact and Prejudice in EU-Turkey Relations. A View from Finland, in: Tocci, Nathalie (Hrsg.): Conditionality, Impact and Prejudice in EU-Turkey Relations, Rome forthcoming, IAI-Tepav Report (English Series No. 9).

6 Finnish Business and Policy Forum (EVA): Satavuotias Kuntotestissä, S. 122-123; Finnish Business and Policy Forum (EVA): Ikkunat Auki Maailmaan. EVAn Suomi, EU ja Maailma-asennetutkimus 2006 (Survey on values and attitudes), http://www.eva.fi/files/1523_ikkunat_auki_maailmaan.pdf, S. 34 u. S. 37. Die Ansichten der Meinungsumfrage beziehen sich auf die Erweiterungsrunde von 2004 und nicht auf aktuelle oder zukünftige.

7 Ojanen, Hanna/Vuohula, Eero: The Finnish Presidency: Efficiency Before Eloquence?, in: Journal of Common Market Studies, 2007, S. 17-24.

8 Regierungsprogramm, 19.04.2007, S. 10, <http://www.valtioneuvosto.fi/hallitus/hallitusohjelma/pdf/hallitusohjelma-painoversio-040507.pdf>.

Strittige Fragen

Das Thema Klimawandel hat sich über die Jahre verständlicher im europäischen öffentlichen Bewusstsein und in der Kultur festgesetzt und hat von dort aus politische Agenden und öffentliche Reden erobert, darunter auch die Berliner Erklärung. Der Europäische Rat vom März 2007 verständigte sich, sehr zur Freude der zahlreichen finnischen Umwelt-NGOs, auf eine (einseitige) Verringerung der Treibhausgase um 20% (verglichen mit den Emissionen von 1990) bis zum Jahr 2020.⁹ Für die Öffentlichkeit in Finnland drängt das Ausmaß des Klimawandels zum Handeln und dieses Gefühl schlug sich in den Kampagnen vieler politischer Parteien für die Parlamentswahlen vom März 2007 nieder. In der politischen Realität gehört Finnland zu den Ländern, die sich besonders stark einer verbindlichen Reduzierung der Emissionen um 20% und einer Steigerung erneuerbarer Energien widersetzen. Diese Abwehrhaltung erklärt sich aus einer diversifizierten Energieversorgung und aus den Bedenken des privatwirtschaftlichen Sektors: In Finnland gibt es viel Industrie mit einem hohen Energieverbrauch, aber auch mit politischem Einfluss.¹⁰ Dennoch musste sich Finnland im Februar auf dem Gipfeltreffen der Umweltminister der EU beugen, als das Ziel der 20%igen Reduzierung beschlossen wurde.¹¹

Der EU-Gefechtsverband 107, dessen deutsche, finnische und niederländische Truppen seit Januar 2007 einsatzbereit waren, hat sein ereignisloses Dasein im Juni beendet.¹² Finnland wird sich am Nordischen Gefechtsverband beteiligen, der ab Januar 2008 bereitsteht. An der EUFOR Althea-Mission in Bosnien-Herzegowina beteiligen sich 180 finnische Soldaten.¹³ Finnland ist ein großer Fürsprecher der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und würde daher eine stärkere Heranziehung für internationale Sicherheitsaufgaben und zur Friedenssicherung durch die EU begrüßen.¹⁴ Die finnische Sicht der Europäischen Union als Sicherheitsgemeinschaft geht auf die ersten Jahre nach dem finnischen EU-Beitritt zurück: Die Argumente für eine EU-Mitgliedschaft hatten eine starke sicherheitspolitische Ausrichtung (die EU wird die finnische Sicherheit stärken), und zu dieser Zeit musste sich Finnland wegen der Neutralitätspolitik der Vergangenheit klar für die Sicherheitskooperation der EU aussprechen.

Die lebhafte Debatte über Sicherheitspolitik im Ganzen drehte sich überwiegend darum, ob Finnland eine NATO-Mitgliedschaft in Erwägung ziehen sollte. Die NATO wird immer noch mit Besorgnis betrachtet, überwiegend weil sie als europäischer Arm einer unbesonnenen US-Regierung gilt.¹⁵

Wie bisher richtete sich weiterhin viel Aufmerksamkeit auf die politischen Entwicklungen im benachbarten Russland. Russlands sich verschlechternden Beziehungen mit dem Westen und die autokratische Attitüde der Putin-Regierung beunruhigten viele Beobachter in Finnland.¹⁶ Im Allgemeinen zieht Finnland es vor, seine Beziehungen mit Russland über

9 Greenpeace Finnland, 2007, <http://www.greenpeace.org/finland/fi/vaalit-2007/ukk>.

10 Helsingin Sanomat, 14.02.2007.

11 Pressemitteilung Greenpeace, 20.02.2007, <http://www.greenpeace.org/finland/fi/mediakeskus/lehdistotiedotteet/eu-n-oma-paastotavoite-tarkea>.

12 Helsingin Sanomat, 06.11.2006.

13 Pressemitteilung des Außenministeriums, 20.05.2005, <http://formin.finland.fi/>.

14 Ojanen/Vuohula, a.a.O., S. 17-24.

15 Nokkala, Arto: Suomalainen Asevelvollisuus ja Puolustusvoimien Henkilöstörakenne Kansainvälisissä Muutospaineissa (Wehrpflicht in Finnland und Verteidigungskräfte angesichts internationalen Drucks für Veränderungen), 2005, Puolustusministeriön julkaisuja, http://www.defmin.fi/files/336/2381_394_Laitinen-Nokkala.pdf, S. 2.

die EU zu gestalten, um von dem kollektiven Einfluss der EU profitieren zu können. Diese Haltung zeigte sich auch in dem russisch-estnischen diplomatischen Tumult über die Versetzung eines sowjetischen Standbildes in Tallinn im April 2007, als Helsinki beim Zustandekommen der EU-Unterstützung für Estland eine Rolle spielte.¹⁷ Bei dieser Gelegenheit zeigten sich deutlich der Aktivismus und die Freimütigkeit des neuen Außenministers Ilkka Kanerva von der Nationalen Sammlungspartei. Dies könnte sogar eine neue Richtung der finnischen Außenpolitik ankündigen. Die neue Regierung hatte die Bedeutung bilateraler Beziehungen in der Außenpolitik besonders hervorgehoben: Es bleibt also abzuwarten, ob Finnland in Zukunft die EU weniger für ihre Außenpolitik einsetzen wird. Das Tempo, mit dem der neue Außenminister nach seinem Amtsantritt ein Treffen mit seiner amerikanischen Amtskollegin arrangierte, ist bemerkenswert. Die Konsolidierung der transatlantischen Beziehungen Finnlands steht ganz offensichtlich auf der Agenda der neuen Regierung. Diese Beziehungen werden bisher als leicht belastet empfunden wegen der vorsichtigen Kritik am Irak-Krieg durch den vorherigen Ministerpräsidenten und die Staatspräsidentin.¹⁸

Weiterführende Literatur

Bertelsmann Stiftung: The North and the ESDP: the Baltic States, Denmark, Finland and Sweden, Gütersloh 2007.

Ojanen, Hanna: Peacekeeping – Peacebuilding: Preparing for the Future, 2006, FIIA (FIIA-report).

Medvedev, Sergei: EU-Russian Relations: Alternative Futures, 2006, FIIA (FIIA-report).

16 Helsingin Sanomat, 10.02.2007.

17 Helsingin Sanomat, 29.04.2007.

18 Ilta-Sanomat, 11.06.2007.